

# Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugsbedingungen: Vierteljährlich durch die Post 5 Mk., ... er Streifenband 6, 10 Mk.

Schriftleitung und Versand: Berlin S 42, Luisenpark 1 :: Fernruf: Moritzplatz 3725

Erscheint wöchentlich Sonnabends

In der Zeit vom 3. Juli bis 9. Juli ist der Beitrag für die 28. Woche fällig

## Abbau der öffentlichen Park-Anlagen! Berlin voran! Unfähigkeit der Parkverwaltungen?

Der Ruf nach Sparsamkeit ertönt in allen Parlamenten des Reiches, der Länder, der Gemeinden. Einnahmen und Ausgaben sollen wieder miteinander in Einklang gebracht werden. Das ist gut und lobenswert. Die Notwendigkeit dieses Schrittes wird von allen Seiten anerkannt und unterstützt.

Betrachten wir nun aber die Wege, die hier eingeschlagen werden, so können wir diese nicht billigen. Zunächst sehen wir in allen Parlamenten, wenn es sich um neue Einnahmen handelt, daß man zunächst nach Steuern und Abgaben sucht, die die breite Masse des Volkes, die Arbeiter und Angestellten, am schwersten belastet. Scharfe, rücksichtslose Heranziehung der Besitzenden scheut man und wird durch die meistens noch vorhandenen bürgerlichen Mehrheiten verhindert. Es ist eine Schande sondergleichen, wie diese sich national gebärdenden Kreise, die ihren Worten nach von Vaterlandsliebe triefen, bei jeder Gelegenheit, wo es sich um Steuern für sie handelt, Zeter und Mordio schreien und nachzuweisen versuchen, daß der Besitz nicht mehr tragfähig sei. Kommen wirklich Steuern für diese Kreise, finden sie sogleich Mittel und Wege, sie zum großen Teil zu hintergehen oder abzuwälzen.

Und diese „armen“ Leute füllen die Bars, die Rennbahnen, bevölkern die Kur- und Badeorte der Welt. Hierbei sollen so manche Arbeitgeber unseres Berufes nicht ausgenommen sein, die über die zu hohen Tarifföhne, Beseitigung der Tarifverträge und Abbau der Löhne jammern. Wir sagen diesen Herrschaften: So lange Ihr Euch noch diesen und manchen anderen Luxus erlauben könnt, seid Ihr noch tragfähig für neue Abgaben und Lasten.

Die Losung lautet überall: Laßt die noch mehr darben, die schon immer daran gewöhnt waren. So geht es jetzt auch in den Gemeindeparlamenten. Auf der Suche nach Einschränkungen der Ausgaben kommt man überall zuerst auf die Einschränkungen der Parkanlagen. Diese sind ja „Luxus“, sind nicht „lebensnotwendig“ wie Gas, Wasser und Elektrizität. Gewiß ist letzteres in diesem Zusammenhang wichtiger wie die Parkanlagen, aber Luxus sind diese keinesfalls. Stelle man sich nur einmal unsere heutigen modernen Städte ohne Parks und Grünanlagen vor, sie würden Sodom und Gomorra ähneln. Die Gesundheit der Menschen, das wichtigste Gut der Nationen, würde sich ohne Park- und Grünanlagen rapid verschlechtern. Was damit zusammenhängt, brauchen wir nicht näher zu beleuchten. Wir möchten aber an die Worte des Herrn von Siemens (Arbeitgeber) in seiner Rede im Reichswirtschaftsrat vom 24. 2. 1921 erinnern: „Der Feind verlangt von uns Gold. . . . Goldbergwerke besitzen wir in Deutschland nicht. . . . Was Deutschland an Gold besitzt, liegt hauptsächlich in seiner Arbeitskraft. . . . Wir müssen weiter auf das ungenützte Gold unserer künftigen Arbeitskraft zurückgreifen. . . . Zur Deckung der Ansprüche des Feindes steht uns also allein das ungenützte Gold unserer Arbeitskraft zur Verfügung.“ Damit ist klar ausgesprochen, daß die Erhaltung und Stärkung der Arbeitskraft das wichtigste Moment für die heutige Gesetzgebung sein muß.

Allerdings sind die öffentlichen Anlagen dort Luxus, wo nur Villen der Reichen stehen. Dort sind sie überflüssig, weil diese ihre Einfamilien-Paläste mit großen Luxusgärten umgeben haben, dort sollte man, falls es überhaupt nötig wäre, zunächst mit der Einschränkung der öffentlichen Anlagen beginnen.

In Berlin wurden wir in voriger Woche von der Nachricht überrascht, daß die Stadtverwaltung von dem Etat der Parkverwaltung, der 19 Millionen beträgt, 7 Millionen, also  $\frac{1}{3}$ , streichen will. Die Kollegenschaft trat sofort auf den Plan und rief die

Berliner Bevölkerung in mehreren Versammlungen zum Protest gegen diesen Plan auf.

Was hat eine solche Maßnahme zu bedeuten? Werden  $\frac{1}{3}$  des Etats gestrichen, müssen ungefähr 66 Grünplätze allein nur in Alt-Berlin, also im eigentlichen Häusermeer der Großstadt, verschwinden. Dazu kommt die Entlassung von mehreren Hundert Arbeitskräften, damit Vermehrung des Arbeitslosenkeeres und des Elends.

Die Frage, welche Plätze zuerst verschwinden würden, ist für uns nach den Gepflogenheiten der Parkverwaltung nicht zweifelhaft. Schon heute hat man in den Arbeitervierteln des Nordens und Ostens schlimm gehaust. Den grünen Schmuck der großen Straßen, wie Schönhauser und Frankfurter Allee usw., hat man schon im vorigen Jahr verschwinden lassen. Man sehe sich die skandalöse Verwilderung so vieler kleiner Grünplätze in den Arbeitervierteln an. Man beachte dagegen den Prunk der Grünplätze im Westen, dem Viertel der Reichen, wo die Anlagen zweibis dreimal jährlich mit Blumen neu bepflanzt werden. Man beachte die sorgfältige Pflege des Grünschmuckes bei den höheren Schulen und die Beseitigung der wenigen Reste des Grüns bei den Volksschulen. Diese Entwicklung wird bei der geplanten Einschränkung in derselben Richtung weitergehen.

Das bedeutet, daß unsere Kinder, Frauen, Greise und Kriegsbeschädigten ihrer letzten wenigen Erholungsplätze in kurzer Zeit beraubt sind, die sie nötiger denn je brauchen, da sie keine Mittel besitzen, ihre Ferien und die Freizeit an der See oder im Gebirge zuzubringen.

Das würde weitere Zunahme der Sterblichkeit in der Arbeiterschaft bedeuten. Wir zitieren hier wieder ein Wort aus der schon angezogenen Sitzung des Reichswirtschaftsrates. Wisell sagte u. a.: „. . . Es ist das die beste Illustration für den Raubbau und für das Gebrochensein unserer Volkskraft, daß heute die Tuberkulose um mehr denn 100% mehr Opfer fordert, als je zuvor. . . .“ Um vieles würde sich dieser Zustand bei Vernichtung der Grünanlagen verschlimmern.

Auf diese Dinge machten die Versammlungen die Stadtväter aufmerksam und warnten eindringlich. Die Not der Stadt sehen wir ein, aber die Einschränkungen sollen da vorgenommen werden, wo sie ohne Gefahr für die Gesundheit der schaffenden Bevölkerung durchgeführt werden können.

Die Versammlungen machten die sozialistische Mehrheit der Stadtvertretung ganz besonders darauf aufmerksam, daß sie sich vor allen Dingen den Rat der Betriebsräte und der Organisationsleitungen einholen sollen, die man anscheinend geflissentlich übersieht. Man hüte sich, nur die Ratschläge der leitenden Köpfe der Parkverwaltung als das einzig Richtige zu betrachten. Wir haben allen Grund, diese Herren mit andern Augen zu betrachten, denn sie sind die ehemalige „königlichen“ Gartenbaudirektoren usw. Wir glauben nicht, daß sie ihre früheren Anschauungen verloren haben und haben auch Grund, anzunehmen, daß diese Herren mit den Arbeitgebern unseres Berufes gute Freundschaft halten, weil man ihnen nicht weh tun möchte.

Warum werden denn nicht Mittel und Wege gesucht, die städtischen Betriebe mehr produktiv zu gestalten? Warum hat man den Verkauf von Gemüsepflanzen gegenüber der Kriegszeit eingeschränkt? Kann man die vorhandenen Anlagen nicht zur Heranzucht von Gemüse und Topfpflanzen zum Verkauf statt solcher zur Ausschmückung der Blumenbeete des Westens ausnützen? Mangel an Blumen und Pflanzen besteht auch jetzt noch, besonders im Winter. Warum überläßt man die Dekoration im städtischen Krematorium einer Privatfirma, wo man selbst die dazu gehörigen Pflanzen in genügender Menge hat?

Man sage nicht, daß derartige Dinge nicht ausführbar seien. Was in Nowawes, Bremen, Frankfurt a. M. usw. möglich ist, ist auch in Berlin durchführbar. Gerade darin, daß man sich vor solchen neuen Maßnahmen scheut, glauben wir die Rücksichtnahme auf die gewerblichen Unternehmer zu erblicken, die ja immer gegen die Konkurrenz der gemeindlichen Einrichtungen

Sturm laufen. Hier ist Gelegenheit, mit den alten Methoden zu brechen, neue Wege zu zeigen, dem Gemeinwesen neue Einnahmequellen zu erschließen, so daß es möglich ist, die bisherigen Anlagen unter allen Umständen zu erhalten.

Darauf haben wir durch unsere Versammlungen das Augenmerk der Stadtverwaltung gelenkt. Wir hoffen, daß es nicht vergeblich war, vielmehr unsere angebotene Hilfe als Ratgeber angenommen wird und die Verwaltung sich nicht einseitig von den Betriebsleitungen unterrichten läßt.

Diese Erscheinungen zeigen sich nicht nur in Berlin, auch in anderen Städten, z. B. in Frankfurt a. M., waren große Einschränkungen geplant. Die Anlage Herrenhausen-Hannover schwebte längere Zeit in großer Gefahr. Überall werden sich früher oder später gleiche Tendenzen zeigen. Hier heißt es zur Abwehr vorgehen, die öffentliche Meinung mobil machen. Hier kommt es darauf an, nicht nur unsere Interessen als Arbeitnehmer bei der Gemeinde zu verteidigen, sondern die Interessen der arbeitenden Bevölkerung insgesamt wahrzunehmen.

Wir müssen verhindern, daß bei diesen Einschränkungen die Arbeiter wieder die Leidtragenden sind, daß ihre wenigen Erholungsstätten im Freien verschandelt und vernichtet werden.

Hier ist also wiederum eine Gelegenheit gegeben, wo unsere Berufskollegen in den Betriebsräten besondere Aufgaben zu erfüllen haben. Hierüber ein andermal. J. Busch.

## Ein Mahnwort an die Gleichgültigen und Müden!

Hallo, wir haben einen Tarif und einen Vorstand, nun können wir weiter schlafen! Kollegen, so geht das aber nicht, lest mal die Lokalzeitungen und horcht etwas herum, da seht ihr, was gespielt wird.

Die Unternehmer aller Art machen täglich Vorstöße und Ausfälle zwecks Lohnabbau. Unsere Kräuter verheimlichen es auch nicht mehr, und ihr schlaft immer weiter. Ja, die Gärtner sind noch die gleichen Michel wie früher. Fast muß man sich schämen, wenn man nach der Innehaltung des Tarifs geirrt wird, aber schimpfen können die Kollegen über ihre eigene Schmach, daß einem Hören und Sehen vergeht.

Vor der Sintflut, dem Kriege, war ein Kollege hier in der Nähe bei „Seiner Durchlaucht“ P. v. d. O. Der wetterte und fluchte sowohl über seinen „Herrn“ als auch über die „Gnädige“, der das Korsett immer enger wurde, während er selbst nicht wußte, wie er zurecht kommen sollte. Aber konnte er wieder mal in der Küche von dem, was den Hunden bestellt war, naschen, oder gab es mal für eine Extraarbeit ein Lob Se, Durchlaucht, so war er froh, wenn er der Gnädigen statt des Lohnes die Hand küssen durfte. Dann strahlte er über das ganze Gesicht und fühlte sich glücklich.

Daran hat sich leider auch jetzt noch nicht viel geändert. Ist der Gärtner, weil er nun eben diesen Beruf erlernt hat, wirklich dazu verurteilt, für einen so traurigen Lohn zu arbeiten? Ich sage nein! Und an wem liegt es, wenn nicht an Euch selbst!

Kollegen, von den kleinen Handelskrautern, denen oft nicht mal ein leerer Blumentopf gehört, wollen wir garnicht reden, aber was die Groß-, Handels- und Landschaftsbetriebe für Preise fordern und was sie demgegenüber für niedrige Löhne zahlen, das spottet oft jeder Beschreibung. Eine mir bekannte Gartenbauernfrau verlangt wöchentlich 300 M. Wirtschaftsgehalt nur für die Küche, dann kommt noch die Badereise und wenn die Arbeit zuende ist und ihr ohne Verdienst seid, dann leben sie immer so weiter. Könnt ihr das auch?

Aber Euch kann geholfen werden, macht es wie Eure Arbeitgeber und immer rein in den Verband! Die Nichtorganisierten werden mitgerissen, dann stehen die Knappen zusammen und der Ritter muß zu Kreuze kriechen. Darum vergeßt nicht, die Versammlungen zu besuchen, damit ihr den Katechismus des A. D. G.-B. kennen lernt!

Das für alle.

Und nun noch etwas für hiesige Verhältnisse: Hallenser, wo steckt ihr? Schämt ihr Euch nicht, Eure Lebensinteressen so zu verbummeln, habt ihr das Versammlungslokal vergessen oder geht es Euch zu gut.

Kollegen, habt ihr denn noch nicht gehört, daß die Hallenser Unternehmer auch ziemlich dreist vom Abbau singen? Eine große Landschafts-Firma verkauft z. B. schon jetzt die hochstämmigen Rosen mit 12 M. Würdet ihr alle an Euren Tarif festhalten, dann wären diese Schmutzfräsen gezwungen, die Schleuder Konkurrenz fallen zu lassen. Da unsere Unternehmer zu schlapp gegen solche Maulwürfe unseres Berufes sind, müssen wir durch Innehaltung des Tarifs gleichmäßige Produktionsbedingungen schaffen. Das ist unser gutes Recht, um nicht hungern zu müssen, sondern unsere Interessen zu wahren.

Dazu gehört aber auch Arbeit und Pflichtbewußtsein, nicht nur die Hände in den Schoß legen und auf ein Wunder warten. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Keiner will die nötigen Arbeiten übernehmen und so mancher Kollege meidet die Ver-

sammlung nur, um nicht gewählt zu werden. Aber schimpfen könnt ihr alle gut, wenn ihr mal keine Zeitung erhaltet oder mit den Marken in Rückstand kommt. Ausreden sollte es dabei nicht geben, denn eine Versammlung im Monat kann jeder besuchen. Außerdem sollte man es dem Kassierer nicht so schwer machen, sondern Geld hinterlassen, wenn man nicht zuhause sein kann. Damit wird die Lust an gewerkschaftlicher Arbeit wieder gehoben. Darum vorwärts zu frischem Tun und auf Wiedersehen in der nächsten Versammlung! W. Kemnitz, Halle a. S.

## Die Verhältnisse in den Privat- und Gutsgärtnerereien in Schleswig-Holstein und Mecklenburg.

Die Staatsumwälzung im Jahre 1918 verfehlte auch auf die Kollegen der Privat- und Gutsgärtnerereien ihre Wirkung nicht. Wenn auch nur allmählich, so zeigte sich doch, daß man auch im Kreise der dort tätigen Kollegen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses innerhalb des Verbandes erkannt hatte.

Da aber gerade hier die Verhältnisse ganz besonders verbesserungsbedürftig sind, traten dann auch die Kollegen mit Lohnforderungen hervor. Bei der Tarifeindlichkeit gerade ihrer Arbeitgeberkreise kam man zwar nicht gleich zum Abschluß von Tarifen, erreichte aber doch, daß durch das immerwährende Einwirken des Verbandes die Löhne einigermaßen den Verhältnissen angepaßt wurden.

Im Frühjahr des Jahres 1920 gelang es dann, in den Orten Kiel und Lübeck die Privatgärtnererei in die bestehenden Tarife mit aufzunehmen, sowie bei den Abschlüssen der Landarbeiter Tarife in Schleswig-Holstein und Mecklenburg für die Gutsgärtner Vorteile herauszuholen. In unendlich vielen Einzelfällen wurden weiter die Rechte der Kollegen gewahrt.

Auch in diesem Frühjahr waren die Kollegen wieder auf dem Posten und versuchten mit Hilfe unseres Verbandes ihre Lage einigermaßen mit den tatsächlichen Verhältnissen in Einklang zu bringen.

So glückte es dann auch wieder, den Tarifvertrag in Kiel auf die Privatgärtnerereien auszudehnen und in allen andern Orten nennenswerte Vorteile für die Kollegen herauszuholen.

Für die Gutsgärtner wurde in Mecklenburg der tägliche Zuschlag, den die Kollegen dort auf den bestehenden Landarbeiterlohn erhalten, um 25 % erhöht und beträgt der Barlohn neben dem Deputat pro Stunde 1,10 M. für verheiratete Kollegen, unverheiratete erhalten einen Stundenlohn von 2,15 M. und wird diesen für volle freie Station pro Tag 4 M. in Anrechnung gebracht.

In Schleswig-Holstein gestalteten sich die Verhandlungen schwieriger, da der dortige Tarif weit über der Norm der sonstigen Landarbeiter Tarife stand und wurde das Hauptaugenmerk auf die Abwehr von Verschlechterungen gerichtet. Der Lohn beträgt für verheiratete Kollegen neben dem üblichen Deputat pro Stunde 1,70 M., sodaß sich ein Monatsdurchschnittslohn von 385 M. ergibt. Für die unverheirateten Kollegen beträgt der Lohn, je nach Alter, bei den jüngeren pro Monat 200—275 M. Die älteren Kollegen erhalten neben vollständig freier Station pro Stunde 1,40 M., im Monatsdurchschnitt rund 315 M.

Das Schwergewicht lag auch in diesem Frühjahr wieder bei den vielen Einzelfällen, in denen wir für die Kollegen zwecks Verbesserung ihrer Lage vorstellig wurden und auch große Vorteile und Lohnerhöhungen herausholten. Fast überall wurden die Bedingungen den verschiedenen örtlichen Tarifen angepaßt.

Im großen und ganzen muß man sagen, daß wir auch in diesem Frühjahr gut vorwärts gekommen sind und daß das Leben und Interesse innerhalb der Privat- und Gutsgärtnergruppe ein immer regeres wird. In zielbewußter Weise bauen auch diese Kollegen ihre Organisation aus, um alle noch bevorstehenden Aufgaben lösen zu können. Unser Ziel muß sein, überall die Privatgärtnererei in die Tarifverträge mit aufzunehmen und die bestehenden Tarife auszubauen und zu verbessern.

Heute sind die Verhältnisse zum Teil noch äußerst rückständige und es gilt deshalb, den Boden für den Fortschritt in jeder Art und Weise vorzubereiten. Hierzu gehört auch, das Bestehende zu verbessern und überall dafür zu sorgen, daß die Kollegen angemessene Löhne erhalten. Wollen wir dies, dann müssen wir aber vor allem dafür sorgen, daß auch der letzte noch fernstehende Kollege unserm Verbandszugeführt wird und wir überall dort, wo es irgend möglich ist, neue Gruppen unserer Privatgärtnersektion gründen, um so den Zusammenhalt unter den Kollegen zu fördern. Tun wir dies, dann wird der Erfolg unserer Arbeit nicht ausbleiben. Töffe, Hamburg.

## Privatgärtnerei

**Leipzig.** (Schiedsspruch für die Kreishauptmannschaft Leipzig.) Privatgärtner erhalten nebst freier Wohnung, Licht, Heizung, Gemüse und Obst für den eigenen Bedarf (soweit vorhanden) 1000 M. Werden Deputate nicht gewährt, tritt eine entsprechende Gehaltserhöhung ein. Wenn das Gehalt in kürzeren Fristen gezahlt wird, beträgt es wöchentlich 250 M. oder stündlich 5,20 M., wozu noch das oben erwähnte Deputat oder Ersatz dafür tritt. In Gutsgärtnereien, wo außer obigen Bezügen weitere Deputate geliefert werden, können diese zu amtlichen Erzeugerpreisen vom Gehalt gekürzt werden. Hilfskräfte erhalten folgende Stundenlöhne: Gehilfen 5 M., Arbeiter 4,80 M., Arbeiterinnen 3 M. Diese Neuordnung ist mit dem 1. 5. 1921 in Kraft getreten.

Einen hübschen Erfolg für einen Privatgärtner konnte unsere Plauener Verwaltung erreichen, indem sie eine Nachzahlung in Höhe von 3500 M. herausholte.

In Leipzig konnten wir vor dem Schlichtungsausschuß auf dem Vergleichswege für einen Privatgärtner, der entlassen wurde, 2000 M. erlangen, außerdem sorgt der Unternehmer für eine Wohnung.

An die Privatgärtner richten wir von hier aus die Bitte, mehr als bisher die Verbandsleitung bei der Durchführung des Tariflohnes zu unterstützen. Die Zaghaften schaden sich und ihren Kollegen, wenn sie sich nicht rühren. Nur dem Mutigen gehört die Welt!  
Meissner.

## Ausland

### Lohnbewegung in Österreich.

In Wien und Niederösterreich wurden in einzelnen Betrieben Lohnbewegungen durchgesetzt, die die dortigen Valutaverhältnisse blitzartig beleuchten, wenn man sich vergegenwärtigt, daß eine Krone im Frieden 85 deutsche Pfennige wert war, während sie heute etwa 8—9 Pf. wert ist. Demnach wurden in der Landschaftsgärtnerei folgende Stundenlöhne erzielt: Obergärtner 45 K, selbständig arbeitende Gehilfen 40—42 K, andere Gehilfen und qualifizierte Hilfsarbeiter 35—36 K, sonstige Hilfsarbeiter 30—32 K, Hilfsarbeiterinnen 28—30 K.

In Graz betragen die Stundenlöhne für selbständig arbeitende Gehilfen 40 K, für andere Gehilfen 36 K, für Hilfsarbeiter 33 K, für Hilfsarbeiterinnen 24 K.

Demgegenüber betrug das wöchentliche Ernährungsminimum für eine vierköpfige Wiener Familie im März 1921: 1225 Kronen gegen 13½ Kronen im Juli 1914, so daß dort die Kosten seit Kriegsbeginn auf das 90fache (in Berlin 14fache) gestiegen sind, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß die amtlichen Lebensmittel durch Staatszuschüsse verbilligt werden.

### Gärtnerbewegung in Norwegen.

Nur selten hören wir etwas aus dem nördlich gelegenen Land Europas. Kürzlich erreichte uns die Nachricht, daß unsere Kollegen dort vor einem Abwehrkampf stehen. Im Frühjahr 1920 wurde für die Handelsgärtnerbranche in Christiania ein Tarifvertrag abgeschlossen, der eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden vorsah. Im Winter dauerte die Arbeit von 7—5 Uhr, im Sommer von 7—5½ Uhr. Sonnabends war um 1 Uhr Schluß. Für Kollegen, welche 20 Jahre alt und in dem Beruf vier Jahre tätig sind, betrug der Mindestlohn 1,50 Kr pro Stunde. Für Überstunden und Sonntagsarbeiten wurden 50 % Zuschlag bezahlt. Für Sonntagsarbeit darf nicht unter zwei Stunden vergütet werden. Für Heizdienst wird pro Woche 20 Kr gezahlt. Die Zeit des Heizdienstes nach 11 Uhr abends wird am anderen Tage als Ruhezeit gewährt. Nach sechsmonatiger Tätigkeit wird eine Woche, nach zweijähriger Tätigkeit zwei Wochen Ferien in der Zeit vom 15. Juni bis 15. September gewährt.

Dieser Vertrag wurde von den Unternehmern gekündigt, sie verlangten eine wöchentliche Arbeitszeit von 54 Stunden.

Wir sehen, daß unsere norwegischen Kollegen mit den gleichen Schwierigkeiten wie wir zu rechnen haben. Die Arbeitgeber der ganzen Welt rufen nach einer Verlängerung der Arbeitszeit, ein Zeichen, daß sie von der kürzeren Arbeitszeit die größten Schwierigkeiten für ihren Geldbeutel befürchten. Diese Schwierigkeiten bestehen allerdings nicht darin, daß in einer kürzeren Arbeitszeit zu wenig geleistet wird, sondern weil der Arbeiter in einer kurzen Arbeitszeit erst zum Bewußtsein seiner selbst kommt. Sie bedeutet für ihn mehr Zeit zum Denken und denkende Arbeiter sind dem Unternehmertum ein Greuel. Wir hoffen, daß unsere norwegischen Kollegen die Abwehrkampf erfolgreich bestehen.

## Rundschau

### Die Preisprüfungsstellen bleiben bestehen!

Der Reichswirtschaftsminister hat auf eine Eingabe der Deutschen Obstbaugesellschaft in Eisenach wegen Auflösung der Preisprüfungsstellen einen ablehnenden Bescheid erteilt, worin es u. a.

heißt: „Zu einer Auflösung der Preisprüfungsstellen sehe ich mich zurzeit nicht veranlaßt. Es ist mein ständiges Bemühen, die Tätigkeit der Preisprüfungsstellen durch Bekanntgabe von Grundsätzen den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Auch erfüllen sie noch wichtige Aufgaben bei der Aufklärung der Bevölkerung über die Ursachen der gegenwärtigen Teuerung und sind berufen, durch ständige Fühlungnahme mit den Erwerbskreisen und den Verbrauchern das gegenseitige Verständnis der einzelnen Gruppen der Bevölkerung für einander zu fördern und damit die Erwerbskreise vor einer Überspannung ihrer Interessen und die Verbraucher von unberechtigten Vorwürfen abzuhalten. Ein Recht, Preise mit bindender Kraft festzusetzen, steht den Preisprüfungsstellen nicht zu, vielmehr dürfen sie lediglich nach Anhörung der Interessenten und Verbraucher sogenannte Angemessenheitspreise bekanntgeben, deren Überschreitung allerdings in der Regel den Verdacht der Preistreiberei begründen dürfte.“

Wie notwendig die Erhaltung dieser Preisprüfungsstelle ist, beweisen u. a. die Preistreiberien der Obstpächter in diesem Jahre. Obgleich sich die Ernte an Kernobst noch nicht vollständig übersehen läßt, laufen doch schon aus allen Teilen Deutschlands Meldungen über gegenseitige Überbietungen der Obstpächter ein, die umso unverständlicher sind, weil doch zurzeit noch mit allerhand Gefahren durch Hagelschlag und sonstige Witterungseinflüsse gerechnet werden muß, die dann naturgemäß zu Wucherpreisen führen. Das wurde ja schon bei den Kirschen beobachtet, die stellenweise, z. B. in der Berliner Gegend, in der ersten Zeit das Pfund 8 M. kosteten. Daß solche Preise selbst den Anhängern der freien Wirtschaft zu bunt waren, ergibt sich aus Äußerungen des „Berliner Lokal-Anzeigers“, die darin gipfeln, daß die Obstzüchter um Ausreden nicht verlegen wären, denn sie beschuldigten die Bäume, „zu lange geblüht zu haben, wodurch die Ernte zu schwach ausgefallen sei“. Ähnliches wurde auch aus den Kirschengegenden um Dresden gemeldet, wo eine wilde Spekulation eingesetzt hat. Wie rücksichtslos diese Herrschaften dabei vorgehen, ersieht man daraus, daß die Obstpächter im Kreise Aschersleben die Forderung aufgestellt haben, gemeinnützige Körperschaften von der Pachtung auszuschließen. Weiter soll ihnen bekannt gegeben werden, ob die Gemeinden etwa mit Höchstpreisen vorgehen wollten.

Dies deckt sich auch mit ähnlichen Bestrebungen aus anderen Berufen. Man schreit überall nach Lohnabbau, der dann automatisch einen Preisabbau zur Folge haben müsse. Auf der anderen Seite schließen sich die Interessenten überall zusammen, um möglichst hohe Preise für ihre Produkte zu erhalten, so daß unsere Wirtschaft überhaupt nicht gesunden kann. Sogar im Reichswirtschaftsrat sind am 6. Mai d. J. Anfragen eingegangen, ob die Reichsregierung das Vorgehen der Reichsbetriebe billige, die bei einer Ausschreibung von Bauschreiner-Arbeiten in ihrem Angebot den niedrigsten Preis gestellt hätten. Es wird wahrhaftig höchste Zeit, daß der Einfluß der Arbeitnehmerschaft auf die Preisbildung sich mehr als bisher bemerkbar macht und wir hoffen, daß die Betriebsräte sich dieser Aufgabe mehr und mehr bewußt werden und daß auch die Behörden bei dieser Frage die in der Reichsverfassung gewährleistete Gleichberechtigung endlich einmal in die Tat umsetzen, wie es zur größten Entrüstung verschiedener Arbeitgeberkreise schon bei der Vergabe von Aufträgen seitens staatlicher Verwaltungen geschehen ist.

### Segen des Obstbaues.

Ein recht bezeichnendes Licht auf die zum Zwecke der Preissteigerung alljährlich immer wieder in die Welt gesetzten Meldungen der Obstzüchter und Händler über Frostschäden der Blüte, große Trockenheit, Hagelschlag, Windhosen u. dgl. schöne Dinge mehr wirft nachstehende Notiz des „Kasseler Tageblattes“ vom 15. März d. J.: Einen ungewöhnlich hohen Ertrag, wie noch niemals zuvor, nämlich über vier Millionen Mark, haben nach einer soeben fertiggestellten amtlichen Zusammenstellung die Einnahmen betragen, welche den Gemeindekassen in Kurhessen im Jahre 1920 durch den Verkauf des Gemeindeobstes zugeflossen sind. Der Segen eines gut geleiteten Obstbaues ist hier von einer erfreulichen Wirksamkeit auf die Höhe der Gemeindefinanzlasten. — Es folgt dann eine Übersicht der einzelnen Kreise und zum Schluß heißt es: Alle 22 Kreise zusammen 4 314 753 Mk. (gegen 2 159 218 Mark im Jahre 1919).

Nach diesen Zahlen muß also die Obsterte eine besonders gute gewesen sein, die die hohen Marktpreise in keiner Weise rechtfertigt oder man hat zum Schaden der Allgemeinheit Überbietungen bei den Versteigerungen geduldet, die im Interesse einer gesunden Ernährungs- und Preispolitik unbedingt zu verwerfen sind.

### Luxusgärten als Steuerobjekte.

Die Gemeindefinanzminister haben schwere Zeit. Die in Aussicht stehenden Zuweisungen an Steuergeldern vom Reiche genügen nicht vorn und nicht hinten, um die großen Löcher auszufüllen, die die finanziellen Aufgaben der Gemeinden verursachen. Deshalb strengen sich die Hirne der städtischen Säckelmeister

allerorten an, um Hilfsquellen zu erschließen. Mit Wohnungsluxussteuer und ähnlichen Dingen hat man schon hier und da Versuche gemacht, die indes nicht zum gewünschten Ziele geführt haben. Einen neuen Weg will nun die Gemeinde Wachwitz bei Dresden beschreiten. Sie hat sich nach Meldungen sächsischer Blätter entschlossen, eine Gartenluxussteuer einzuführen. Nach dem Ortsgesetz sollen alle Gärten, deren Erzeugnisse dem Handel zugeführt werden, ferner die Gärten bis zu 3000 qm Fläche steuerfrei bleiben. Für Gärten in der Größe von 3000—5000 qm sind 1%, von 5000—7500 qm 1½%, von 7500—10000 qm 2% des gemeinen Arealwertes zu entrichten usw. Im Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt, der sich schon zur Wohnungsluxussteuer ablehnend verhalten hat, konnte man sich zu einer klaren Stellungnahme gegenüber dieser neuen Steuer nicht entschließen. Der Berichterstatter empfielt, die Steuerordnung dem Ministerium des Innern zu unterbreiten, sich aber einer eigenen Stellungnahme zu enthalten, was damit begründet wurde, daß es sich hier offenbar um eine Abart der Grundsteuer handle, es daher zweckmäßig sein dürfte, erst einmal die Bestimmungen des in Aussicht gestellten neuen Staatsgrundsteuergesetzes abzuwarten. Demgemäß wurde auch beschlossen. Dazu bemerken die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ folgendes:

„Der Gedanke einer Gartenluxussteuer erscheint nicht nur wirtschaftlich zweckdienlich, sondern ist auch aus sozialen Gründen sympathisch zu begrüßen. Ein Teil des Erlöses aus einer solchen Steuer kann zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der gärtnerischen Gemeindeanlagen verwandt werden und kommt damit dem Teil der Allgemeinheit zugute, der sich selbst eines bescheidenen Gärtchens nicht erfreut. Mancher Besitzer von umfangreichen Gartenanlagen wird durch eine solche Steuer vielleicht veranlaßt, von seinem großen Besitz etwas zu veräußern, und das so gewonnene Land könnte dann für Wohnungsbauten bereit gemacht werden. Es wäre sogar zu erwägen, ob man die steuerfreie Grenze für Gartenflächen nicht noch enger zu bemessen hat, als dies in Wachwitz geplant ist. Auch ein Gartenstück von 2000 qm Flächeninhalt ist schon ein recht stattliches Stück Land, aus dem sich bei gartensteuerfreier Bewirtschaftung viel herausholen läßt. Wer aber über 2000 qm Gartenfläche sein eigen nennt, kann sehr gut für das Mehr eine Abgabe entrichten. Jedenfalls sollten die Steueremänner der Gemeinden den beherzigenswerten Plan der Wachwitzer prüfen. Zweifellos bringt seine Durchführung ein gutes Stück Geld ein und erleichtert die Finanzlasten der Gemeinden.“

#### Der Mindestbedarf im Mai.

Aus den bekannten Aufstellungen des Dr. Kuczynski ergibt sich als wöchentliches Existenzminimum eines Ehepaares mit zwei Kindern für Groß-Berlin: Ernährung 122 M., Wohnung 9 M., Heizung, Beleuchtung 25 M., Bekleidung 63 M., Sonstiges 66 M., insgesamt also 285 M., gegen 281 M. im April 1921. Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinstehenden Mann 23 M., für ein kinderloses Ehepaar 35 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6—10 Jahren 47 M., Der Jahresverdienst 7300 M., 10900 M., 14850 M.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum Mai 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 140 M., d. h. auf das 8,4fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 M., auf 209 M., d. h. auf das 9,4fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 M. auf 285 M., d. h. auf das 9,9fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt 10—12 Pf. wert.

#### Ein Gehilfenparadies in Schloßlau.

Überall hört man von Entlassungen der Gehilfen und dafür umso kräftiger einsetzender Lehrlingszucht. Eine Ausnahme davon macht der Rittergutsbesitzer und Handelsgärtner Grätzer in Langgörsch, Kreis Trebnitz. Er hält keine Lehrlinge und beschäftigt dafür Sommer und Winter vier bis sechs Gehilfen. Für diese sorgt er in wahrhaft väterlicher Weise, damit sie vor den Versuchungen der bösen Welt nach Möglichkeit bewahrt bleiben und wahrhaft gute, solide und vor allem bescheidene Menschen bleiben. Müßiggang ist aller Laster Anfang, darum läßt Grätzer die Gehilfen Sommer wie Winter elf Stunden arbeiten. Er gewährt den Gehilfen 120 Mk. monatliches Gehalt bei freier Station. Auch dabei zeigt sich wieder die liebevolle Fürsorge des Herrn Grätzer für seine Schäflein. Damit sie nicht etwa zu dick und zu fett werden (was bei Gartenarbeit bekanntlich etwas hinderlich ist), gibt er ihnen außer Mittag- und Abendessen nur — trockenes Brot. Rechnet man den Gesamtlohn, welcher den Gehilfen laut Landestarif zustehen würde, auf ein Jahr zusammen und bringt davon in Abzug, was Grätzer tatsächlich den Gehilfen im Jahre gewährt, so ergibt sich, daß er den Gehilfen (gegenwärtig fünf an der Zahl) jährlich über 16 000 Mk. zu wenig zahlt. Nach obiger Schilderung dieses edelmütigen Charakters wird hoffentlich niemand glauben, daß dieses Zuwenigzahlen etwa aus schmöder Habsucht geschieht. Herr Grätzer handelt vielmehr so aus Patriotismus. Er berechnet, daß für den Steuerfiskus doch nicht viel herausschlagen würde, wenn die fünf Gehilfen zusammen diese

16 000 Mk. jährlich noch erhalten würden. Dagegen hat er für diese 16 000 Mk. natürlich viel mehr Steuer zu zahlen als die Gehilfen, wenn diese Summe seinem ohnehin großen Einkommen hinzugefügt wird. Wenn Herr Grätzer merkt, daß ein Gehilfe der Organisation angehört, dann ist es mit der fürsorgenden Liebe vorbei, der Gehilfe fliegt. Von Herrn Grätzer können übrigens die Handelsgärtner Schlesiens lernen, wie man's machen muß, daß die Gärtnerei rentabler wird. Der Fehler dieser Herren liegt nur daran, daß sie nicht so gute Menschenkenner sind wie Grätzer, denn sonst würden sie keinen einzigen Lehrling halten, sondern nur solche Idealgehilfen einstellen, wie die des Herrn Grätzer sind. August Vollbrecht, Breslau.

## Bekanntmachungen

### Gaue und Ortsverwaltungen.

**Berlin.** Sonntag, den 10. Juli, nachm. 2½ Uhr, große Privatgärtner-Versammlung in Wannsee, Restaurant „Deutsche Eiche“. Familien mitbringen! Großer herrlicher Garten ist vorhanden. Keine Privatgärtnerfamilie darf fehlen.

**Kiel.** Die Mitgliederversammlungen im Rest. „Straßburger Hof“, am Wilhelmplatz, Ecke Wörthstr., finden vom Juli ab jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. d. Mts. statt.

**Köln.** Ostrinski, Hans, geb. 10. 10. 1901, Karte Nr. 133 201, aus Mittenwalde, ist, nachdem er Verbandskollegen um mehrere Hundert Mark geschädigt hat, verschwunden. Vor dem Kollegen, der äußerlich einen guten Eindruck macht, wird gewarnt. Sollte er irgendwo auftauchen, wird sofort um Nachricht unter Angabe seiner Adresse an das Gaubüro Köln gebeten.

### Festlichkeiten.

(Hierunter nehmen wir alle Mitteilungen über Vereinsfestlichkeiten auf. Die Zelle wird mit 2 M. berechnet.)

**Groß-Berlin,** Bezirk Steglitz. Sonnabend, den 2. Juli 1920. Sommerfest in Schultheiß Festsälen, Südende, Lichtenfelderstr. 17.

### Sterbetafel.

Vor kurzem verstarben die Mitglieder der Verwaltung Groß-Berlin die Kollegen **Karl Schilling**, im Alter von 65 Jahren, und **Wilh. Wendtland** im Alter von 57 Jahren.

Am 6. Juni verschied das Mitglied der Ortsverwaltung München, die Kollegin **Viktorja Hetzner**.

Am gleichen Tage verstarb das Mitglied der Verwaltung Halle, der Obgärtner **Louis Ringeb** im Alter von 41 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

## Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse)

### Hamburg 21.

Aus dem Jahresbericht der Gärtnerkrankenkasse für 1920.

Nachdem wir bereits in Nr. 22 der A. D. G. Z. einen zahlenmäßigen Überblick der Einnahmen und Ausgaben gebracht haben, wollen wir an dieser Stelle auch noch auf einige andere interessante Einzelheiten des Berichts eingehen.

Es ist möglich gewesen, ohne Erhöhung der Beiträge allen Anforderungen gerecht zu werden, obgleich das Arzthonorar bis auf 6 bzw. 9,50 M. bei Hausbesuchen gestiegen ist und auch die Preise der Heilmittel und die Krankenhauspflegesätze im Durchschnitt auf 30 M. gestiegen sind. Trotzdem sind sämtliche Verpflichtungen aus der Kriegszeit abgelöst und außerdem noch ein Überschuß von 384 936,98 M. erzielt worden. Dies ist im Hinblick auf die gewaltige Steigerung der Verwaltungskosten ein anerkannteswertes Ergebnis, das zu einem großen Teil durch die ehrenamtliche Tätigkeit vieler Mitarbeiter erreicht wurde.

Der diesjährigen Generalversammlung wird der Ausbau der Leistungen obliegen und es wird vor allem nötig sein, der restlosen Eintreibung der Arbeitgeberbeiträge nach § 518 der RVO. vollstes Augenmerk zuzuwenden, wozu schon jetzt in Berlin, Dresden und in Rheinland-Westfalen besondere Zentralstellen errichtet sind, die sich gut bewährt haben. Im Berichtsjahr sind 147 Mitglieder verstorben und zwar u. a. 29 an Herzleiden, 25 an der Grippe, 28 an Lungen- und 16 an Magenkrankheiten. Durch Unfälle sind 11 aus dem Leben geschieden. Zwei Mitglieder sind nur 17 Jahre alt geworden, einer dagegen 82 Jahre. Das Durchschnittsalter beträgt genau 46 Jahre. Man ersieht also auch aus diesen Zahlen wieder, daß die beliebte Redewendung von unserem „gesunden Born“ nur ein Märchen ist.

Im übrigen sollte es sich jeder noch fernstehende Kollege angelegen sein lassen, seiner eigenen Kasse, die schon 578 Verwaltungsstellen besitzt, anzugehören, um dadurch ihre Leistungsfähigkeit zu stärken.